

Stadtkanzlei
Rathaus, Postfach 145, CH-3602 Thun
Telefon +41 (0)33 225 82 21, Fax +41 (0)33 225 82 02
stadtrat@thun.ch, www.thun.ch



Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 6/2011 vom 31. Mai 2011, 17.00 Uhr, Stadtratssaal, Rathaus Thun

Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Stadtratspräsidentin Verena Balmer Damen und Herren Peter Aegerter, Hanspeter Aellig, Suzanne Albrecht Wyss, Martin Allemann, Jonas Baumann-Fuchs, Claudine Beutler, Alfred Blaser, Piero Catani, Jürg Dällenbach, Andrea de Meuron, Peter Dütschler, Peter Fahrni, Martin Frei (ab Trakt. 37), Konrad Hädener, Thomas Hiltbold, Christian Josi, Alain Kleiner, David Külling, Lukas Lanzrein, Gina Lehnherr, Manfred Locher, Michael Lüthi, Thomas Marghitola, Gabriela Meyer-Fiechter, Carlos Reinhard, Sandra Rupp Gyger, Sandra Ryser, Daniel Schenk, Claude Schlapbach, Carlo Schlatter, Franz Schori, Heinz Schürch, Simon Schweizer, Ursula Stöckli, Reto Vannini, Simon Werren
Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätinnen Marianne Dumermuth Lehmann und Ursula Haller, Gemeinderäte Roman Gimmel und Peter Siegenthaler
Ferner	Ratssekretär Gemeinderat Marius Mauron
Sekretariat	Stadtratssekretär Remo Berlinger Protokollführerin Fabienne Feller
Entschuldigt	Stadträte Matthias Wiedmer, Reto Schertenleib und Stadträtin Susanna Ernst
Schluss der Sitzung	20.00 Uhr

Die Stadtratspräsidentin eröffnet die Sitzung und begrüsst alle Anwesenden.

36. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 12. Mai 2011

Das Protokoll wird **vom Rat** einstimmig genehmigt.

37. Jahresbericht 2010; Stand der hängigen Motionen und Postulate per 31. März 2011

Kenntnisnahme und Abschreibungen

Bericht des Gemeinderates Nr. 14/2011

Vorstösse Nr. 1 - 12

Keine Wortmeldung.

Vorstoss Nr. 13 (P 16/2009, Ziffer 7)

Franz Schori, **SP-Fraktion**, ist der Meinung, dass Vorstoss Nr. 13 Ziffer 7 nicht abgeschrieben werden soll. Eine Plakataktion hat immer eine präventive Wirkung, die aber schwer zu messen ist. Deshalb sollten Plakataktionen weiterhin durchgeführt werden, wenn möglich auch unter Einbezug der Zielgruppen.

Der Antrag, den Vorstoss Nr. 13 Ziffer 7 nicht abzuschreiben, wird mit 30 : 1 Stimmen angenommen.

Vorstösse 14 - 31

Keine Wortmeldung.

Der Rat genehmigt, einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 51 seines Geschäftsreglements und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 31. März 2011, beschliesst:

1. Vom Stand der hängigen Motionen und Postulate wird Kenntnis genommen.
2. Die Vorstösse Nr. 17 (P 9/2009), Nr. 19 (P 6/2009), Nr. 20 (umgew. M 9/2008), Nr. 22 (P 14/2008), Nr. 23 (umgew. M 6/2008), Nr. 25 (P 10/2008), Nr. 26 (P 4/2008), Nr. 27 (P 10/2007), Nr. 29 (umgew. M 5/2007), und Nr. 31 (P 4/2004) dieses Berichtes werden abgeschrieben.

38. Jahresbericht und Jahresrechnung 2010

Genehmigung; Bewilligung zweier Nachkredite von insgesamt Fr. 11'033'625.81

Bericht des Gemeinderates Nr. 15/2011

a) Eintretensdebatte

Stadtpräsident Raphael Lanz ist der Meinung, dass man mit der Jahresrechnung zufrieden sein kann. Die zusätzlichen Abschreibungen werden beantragt, weil auf das Rechnungsmodell HRM2 umgestellt wird und im Hinblick darauf Verwaltungsvermögen abgeschrieben werden muss. Die Einlage von 6 Mio. Franken in die Spezialfinanzierung ist ein politisches Zeichen zugunsten eines wichtigen Stadtentwicklungsprojektes. Die Stadt wird einen Beitrag an das Parkhaus leisten müssen. Das Parkhaus ist eine Voraussetzung für eine verkehrsarme Innenstadt. Der Gemeinderat will eine gewisse Sicherheit, dass das Geld für die Realisierung vorhanden ist. Er trägt mit der neuen Lösung der Kritik Rechnung, dass durch die Entnahme der Gelder für das Parkhaus aus den anderen Spezialfinanzierungen nicht mehr genügend Mittel für andere Projekte zur Verfügung stehen würden. Die Chancen bei einer späteren Volksabstimmung über das Parkhaus Schlossberg stehen besser, wenn die benötigten Mittel jetzt reserviert werden.

Konrad Hädener, **BRK**, weist darauf hin, dass der erfreuliche Abschluss von den unerwartet hohen Steuererträgen herrührt. Zudem sind Abschreibungen und Wertberichtigungen geringer ausgefallen als erwartet. Es wurden 50 % der geplanten Investitionen nicht getätigt; auch das verbessert das Ergebnis, vergrößert aber auch den Investitionsstau. Mit dem Ertragsüberschuss von 12,1 Mio. könnte ein Gewinn ausgewiesen werden. Das wäre jedoch nicht zweckmässig. Der Vorschlag des Gemeinderats ist sinnvoll. Die Beschlussanträge waren in der BRK bis auf die zweckgebundene Rückstellung von 6 Mio. für das Parkhaus Schlossberg unbestritten. Die Befürworter der Rückstellung argumentieren, es handle sich um ein grossartiges Projekt mit enormer Bedeutung. Mit einem frühzeitigen Bekenntnis dazu habe man bessere Karten bei einer allfälligen Volksabstimmung. Die Gegner argumentieren auf einer anderen Ebene. Der Zeitpunkt sei verfrüht und dadurch werde ein grosser Kapitalbetrag langfristig blockiert. Anzustreben sei die Erhöhung des Eigenkapitals als frei verfügbare Reserve. Zu gegebener Zeit könnte man daraus dann einen Verpflichtungskredit genehmigen. Der Gemeinderat sowie die Hälfte der BRK argumentieren sachpolitisch, die andere Hälfte der BRK dagegen finanzpolitisch. Niemand hat sich gegen das Parkhaus ausgesprochen. Die BRK beantragt die Zustimmung zu den Punkten 2 - 6. Zum Beschluss Nr. 1 stellt die BRK keinen Antrag, da sie in dieser Frage gespalten ist. Wenn der Stadtrat den Kreditbeschluss Nr. 1 heute ablehnt und die anderen 5 Anträge annimmt, fallen die 6 Mio. Franken Überschuss automatisch ins Eigenkapital. Die BRK dankt der Verwaltung herzlich für die Berichterstattung. Der Verzicht auf die Darstellung der Kostenrechnung hat im Jahresbericht Raum geschaffen, welcher von der Verwaltung gut genutzt wird für wertvolle Hinweise.

Jonas Baumann, **Fraktion der Mitte**, wird auf die Jahresrechnung und den Jahresbericht eintreten. In Bezug auf den Punkt 1 ist die Fraktion gespalten. Sie dankt der Verwaltung für die geleistete Arbeit.

Peter Aegerter, **BDP-Fraktion**, informiert, dass die Fraktion auf die Anträge des Gemeinderats eintreten wird. Die kompetente und detaillierte Präsentationsform des Jahresberichts hat beeindruckt. Die Fraktion dankt der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Allerdings werden Ferien- und Überzeitguthaben angehäuft und dieser Umstand muss beobachtet werden.

Simon Schweizer, **SVP-Fraktion**, nimmt Kenntnis vom sehr guten Resultat und dankt der Verwaltung. Die Fraktion empfiehlt das Eintreten auf den Bericht.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, hat vom Rechnungsergebnis erfreut Kenntnis genommen. Es sind sich alle einig, dass das Geld gespart werden muss. Fraglich ist, ob man das Geld ganz Thun zur Verfügung stellen und damit Handlungsspielraum schaffen will oder ob man es reservieren will. Es ist der falsche Zeitpunkt für ein politisches Zeichen betreffend Parkhaus. Thun hat viele Projekte. Das Projekt Parkhaus ist noch nicht reif. Die Fraktion will den Handlungsspielraum der Stadt Thun vergrössern. Das Geld soll ins Eigenkapital der Stadt Thun fliessen, damit alle davon profitieren können und nicht einfach ein Projekt privilegiert wird.

Sandra Rupp, **SP-Fraktion**, dankt für die übersichtliche und informative Dokumentation. Es wurde eventuell etwas zu konservativ budgetiert. Zu erwähnen sind folgende Punkte: Der Anteil am Personalaufwand ist zwar gesunken, aber der Ferien- und Überzeitsaldo ist gestiegen. Das Lohnsystem der Stadtverwaltung muss mittelfristig angepasst werden, damit die Stadt gegenüber der Privatwirtschaft konkurrenzfähig

bleibt. Die Entwicklung der Pensionskasse muss aufmerksam verfolgt werden. Die Fraktion wird eintreten und die Punkte 2 - 6 genehmigen. Punkt 1 wird sie ablehnen, da das Eigenkapital der Stadt im Vergleich

zum Betrag in der Spezialfinanzierung sehr klein ist. Der jetzt schon sehr geringe Spielraum soll beibehalten werden. Die Fraktion steht immer noch hinter dem Parkhaus Schlossberg. Der Zeitpunkt ist aber für eine Priorisierung und Privilegierung zu früh, es gibt viele andere wichtige Projekte. Das Vorgehen des Gemeinderats ist risikobehaftet, da der Beschluss über das Spezialreglement dem fakultativen Referendum untersteht. Falls es zu einer Volksabstimmung kommen sollte, haben die Gegner ein leichteres Spiel, als wenn bereits ein Projektvorschlag vorhanden wäre. Eine solche Abstimmung würde schnell einmal zu der Diskussion führen, ob man das Parkhaus Schlossberg überhaupt will oder nicht.

Carlos Reinhard, **FDP-Fraktion**, dankt der Verwaltung für die saubere Rechnungsführung und Berichterstattung, aber auch den Steuerzahlern für ihre guten Leistungen. Er ist überrascht, dass bei einem solch positiven Ergebnis keine Verbesserung beim Eigenkapital herbeigeführt werden soll. Zu Punkt Nr. 1: Hier sollte keine Debatte über das Parkhaus geführt werden, es geht um die Jahresrechnung. Die Fraktion wird den Anträgen 1 - 6 zustimmen. Wenn die Spezialfinanzierung beim nächsten Traktandum nicht angenommen wird, wird das Geld sowieso zu Eigenkapital. Von der Fraktion ist auch bezüglich Detailberatung alles unbestritten, aufgefallen sind aber die vielen Investitionsrechnungen, bei denen schon lange keine Verschiebungen mehr getätigt wurden. Es wird diesbezüglich eine Bereinigung verlangt.

Konrad Hädener (CVP) hat Freude am neuen Gemeinderat, er ist voller Tatendrang bezüglich der Parkhausplanung. Er schießt dabei aber eventuell übers Ziel hinaus. Stadtrat Hädeners Bedenken sind grundsätzlicher Natur und haben mit dem konkreten Vorhaben nichts zu tun. Es gibt Lebensbereiche, die nicht von der Normalität im statistischen Sinn beherrscht werden. Einer dieser Lebensbereiche ist die Welt der Steuererträge. Das sieht man beispielsweise am Jahresbericht, der die Erwartungen weit übertroffen hat: Dieser kann nächstes Jahr genau gegenteilig ausfallen. Es gibt Vorfälle, die komplett ausserhalb unseres Erwartungshorizonts liegen und uns deshalb unerwartet treffen. Das haben Ereignisse wie die Finanzmarktkrise oder die Verkettung von Natur- und Industriekatastrophen in Japan gezeigt. Es gibt also Lebensbereiche, die anderen Gesetzmässigkeiten unterliegen und diese prägen die Rechnungsabschlüsse massgeblich. Man kennt die zukünftigen Jahresergebnisse heute nicht und Herr Hädener wendet sich gegen die weitverbreitete finanzpolitische Unsitte, verfügbare Kapitalmittel umgehend auf Sperrkonten zu verschieben und damit zu blockieren. Das ist eine landläufige Praxis, aber es ist eine schlechte Praxis. Das politische Signal rechtfertigt das nicht. Konrad Hädener rät, den Antrag 1 abzulehnen. Die 6 Mio. Franken sollen ins Eigenkapital und dann 2014/2015 als Finanzierungsbeitrag verwendet werden, falls das Parkhaus zu dieser Zeit immer noch Priorität hat.

Simon Schweizer, **SVP-Fraktion**, geht auf das Thema Gesetzmässigkeiten ein. Auch er kennt eine Gesetzmässigkeit. Diese besagt, dass wenn man ein ganz klares Ziel vor Augen hat, man auf dieses Ziel hin sparen kann. Als Kind hatte man viele Wünsche, dafür hatte man ein Kässeli, wo man das Geld sammelte. Auch der Gemeinderat kennt dieses Prinzip des vorausschauenden Sparens. Er will den unerwarteten Geldsegen in ein Kässeli legen, damit er für das Parkhaus verwendet werden kann. Es gibt vier Gründe, wieso die Spezialfinanzierung befürwortet werden soll: Erstens setzt der Gemeinderat damit ein klares Zeichen. Falls es zur Abstimmung kommt, kann der Gemeinderat darauf verweisen, dass das Geld schon vorhanden ist. Zweitens werden dadurch die Chancen für eine Realisation des Parkhauses verbessert. Drittens nimmt die Spezialfinanzierung nirgends etwas weg, da es ja ein Überschuss ist. Es müssen also keine Opfer gebracht werden. Viertens schafft der Vorschlag juristische Klarheit über die Verwendung der Gelder. Wenn die Spezialfinanzierung nicht genehmigt wird, ist das ein klares Statement gegen das Parkhaus Schlossberg. Die Fraktion ist bereit zu handeln und steht geschlossen hinter dem Antrag des Gemeinderats und der Reglementsänderung.

Gina Lehnherr (glp) schliesst sich im Grundsatz den Aussagen von Stadtrat Hädener an. Das Parkhaus an sich ist auch für sie unbestritten. Eine derartige Finanzierung ist aber falsch. Es spricht nichts für die Einlage der 6 Mio. Franken in eine Spezialfinanzierung Immobilien. Was man hat, das hat man. Diese Zweckbindung wäre eine Einzigartigkeit und noch nie dagewesen. Die Reduktion auf ein Projekt ist falsch.

Martin Allemann (SP) ist gegen das Parkhaus Schlossberg. Darum geht es heute aber nicht. Das Geld soll im Eigenkapital bleiben und es soll dann darüber entschieden werden, wenn es aktuell wird. Es ist

erstaunlich, dass die SVP dagegen war, 500'000 Franken für PCs an Schulen auszugeben, also nicht in die Zukunft investieren wollte, aber jetzt investieren will für etwas was erst in 7 bis 8 Jahren aktuell wird. Das ist gegen jegliche Vernunft. Zu Stadtrat Reinhard: Wenn der Rat Antrag 1 jetzt ablehnt, wo geht das Geld dann hin? Kommt es dann trotzdem in eine Spezialfinanzierung oder in die Stadtkasse? Das ist unklar.

Thomas Hiltbold (Grüne) legt dem Rat ans Herzen, auf Stadtrat Hädener zu hören. Er ist seit Jahren das finanzpolitische Gewissen der Stadt. Sein Votum war sehr überzeugend. Der öffentliche Haushalt funktioniert halt nicht so, wie ein Kässeli. Thun hat seit Jahren mit sinkendem Eigenkapital zu kämpfen, deshalb können viele Projekte nicht realisiert werden. Es ist ein grosser Fehler, 6 Mio. Franken zu reservieren für das Parkhaus Schlossberg. Es ist noch zu früh. Projekte wie der Bypass, die Kunsteisbahn oder die Unterdeckung der Pensionskasse sind jetzt aktuell. Wenn das Geld im Eigenkapital ist, kann es gebraucht werden, wenn es benötigt wird. Das Reservieren des Geldes ist finanzpolitisch unvernünftig.

Carlos Reinhard, **FDP-Fraktion**, bedauert, dass es jetzt, wie befürchtet, um das Parkhaus geht. Es braucht natürlich auch ein gesundes Eigenkapital. Die Frage ist, ob man das Eigenkapital jetzt schon vergrössert und dafür die Rückstellungen nicht macht, oder ob man das Eigenkapital so belässt und dafür die Rückstellungen erhöht. Das ist eine entscheidende Frage. Die Debatte über das Parkhaus sollte im nächsten Traktandum diskutiert werden.

Lukas Lanzrein (SVP) geht auf das Votum von Herrn Hädener ein: Grundsätzlich ist es richtig, auf ausserordentliche Situationen reagieren wollen zu können. Das Geld wird aber meist trotzdem für anderes ausgegeben, nämlich für kurzfristige Begehrlichkeiten. Zum Votum von Martin Allemann: Die Prioritäten wurden gesetzt, aber wie? Man wollte Spielplätze um einige Meter versetzen, Laptops für Kindergärten anschaffen und Geld für Tagesschulen ausgeben. Diese Vorstösse kommen genau von der Seite, die der Fraktion mangelnde finanzpolitische Verantwortung vorwirft. Kurzfristig wurde Geld verteilt und das wird in Zukunft wohl nicht besser. Es geht darum, ein wichtiges Zeichen zu setzen für das Parkhaus. Stadtrat Allemann ist wenigstens ehrlich, wenn er sagt, dass er gegen das Parkhaus ist. Herrn Lanzrein beschleicht den Verdacht, dass noch andere so denken wie Herr Allemann, aber es nicht zugeben. Wer für das Parkhaus ist, stellt heute die Weichen dafür und stimmt deshalb zu.

Manfred Locher (EDU) unterstützt den Antrag des Gemeinderats. Der Stadtrat und der Gemeinderat müssen ein Zeichen setzen und Gestaltungswillen zeigen.

Martin Frei (Grüne) merkt an, dass Herr Hädener ein sehr differenziertes und sachliches Votum abgegeben hat. Es sollen keine 6 Mio. Franken für ein Projekt blockiert werden, sondern der finanzielle Spielraum der Stadt Thun soll erhalten bleiben. „Schwarze Schwäne“ sind solche Ereignisse in der Statistik, mit denen niemand rechnet. Das hat nichts damit zu tun, ob man für oder gegen ein Parkhaus ist. Zu Stadtrat Lanzrein: Man sollte nicht aus eigener Befindlichkeit heraus politisieren. Der Stadtrat kann gut zwischen Sach- und Finanzpolitik unterscheiden.

Christian Josi (SVP) geht auf die finanzpolitischen Befürchtungen ein: Es wurde gesagt, man habe kein Geld mehr für andere Projekte übrig, wenn man die Einlage macht. Es stehen aber weiterhin 50 Mio. Franken zur Verfügung für solche Projekte. Es wurde auch gesagt, dass Geld werde langfristig gebunden. Im Reglementsentwurf steht bis 2017 und dann wird entschieden. Das sind nur 6 Jahre. Die Sonderbehandlung des Parkhauses ist gerechtfertigt, da es um ein Grossprojekt geht und man dazu ja gesagt hat. Das Vorgehen des Gemeinderats ist rechtlich und finanzpolitisch zulässig. Er will Stadtrat Hiltbold nichts unterstellen, aber wenn im Vorfeld schon Emails geschrieben werden und die Debatte schon vorweg genommen wird, macht das unsicher, ob wirklich eine finanzpolitische Befürchtung im Vordergrund steht. Es geht um eine Rückstellung und diese ist genau gedacht für ungewisse zukünftige Ausgaben. Vielleicht wollen einige auch einfach ein politisches Spiel spielen, obwohl sie eigentlich für das Parkhaus sind. Wer heute nein sagt, nimmt solche politischen Spiele in Kauf.

Franz Schori (SP) ist ein glühender Verfechter des Parkhauses im Schlossberg, natürlich unter Einbezug der flankierenden Massnahmen. Das Projekt wird die Stadt vorwärts bringen. Er ist aber überzeugt, dass

jetzt der Augenblick falsch ist, da es die Gegner momentan leicht haben. Das Projekt ist noch nicht aus-

gearbeitet. Es ist geschickter, das Geld im Eigenkapital zu behalten und der Stadt Handlungsspielraum offen zu halten.

Thomas Hiltbold (Grüne) würde gerne sagen, was seine Meinung zum Parkhaus Schlossberg ist. Ein ganz entscheidender Punkt, nämlich der Preis, steht aber noch nicht fest. Im Vorfeld eine Email zu verschicken, macht einen nicht verdächtig. Von der IGT haben alle Stadträte eine Email bekommen und er hat als Politiker einfach darauf geantwortet. Das ist nicht unstatthaft oder unehrlich, sondern es ist die Aufgabe eines Stadtrats, über die Angelegenheit zu diskutieren. Thomas Hiltbold wäre froh, wenn alle aufhören würden, mit persönlichen Pfeilen zu schiessen und sich auf die Sache konzentrieren.

Christian Josi (SVP) wollte Thomas Hiltbold nicht persönlich angreifen, auch nicht unterschwellig.

Gina Lehnherr (glp) lässt sich nicht gerne unterstellen, dass sie nicht die Wahrheit sagt. Betreffend die Email von Stadtrat Hiltbold hat sie zu sagen, dass sie einen Anruf von Stadtrat Schweizer bekommen hatte und damit das Lobbying nicht nur von einer Seite ausging.

Simon Schweizer (SVP) ist klar, dass er lobbyiert hat. Das ist die politische Aufgabe und wird erwartet. Er möchte ausserdem in Bezug auf das Thema Gesetzmässigkeiten anfügen, dass er im privaten Bereich immer Steuern zahlen muss. Wenn man eine Stadt weiterentwickeln will, auch finanzpolitisch, wenn man neue Steuerzahler generieren und neue Einnahmequellen finden will, muss man die Rahmenbedingungen dafür schaffen. Der Rat muss an die Zukunft denken und die Weichen heute schon stellen, damit die Innenstadt vermehrt frequentiert wird. Die Diskussion um das Parkhaus hat also sehr wohl etwas mit Finanzpolitik und Steuereinnahmen zu tun.

Stadtpräsident Raphael Lanz weist darauf hin, dass die Spezialfinanzierung grundsätzlich Eigenkapitalcharakter hat. Der Handlungsspielraum der Stadt würde nicht massiv eingeeengt. Erstens beinhaltet die Spezialfinanzierung ganze 56 Mio. Franken und zweitens hat der Stadtrat für unvorhersehbare Umstände die Entnahme der Gelder statuiert. Die Einschränkungen sind also nicht so gravierend, wie dargelegt wurde. Natürlich kennt man heute die Abschlüsse der zukünftigen Jahre nicht, aber das ist bei solchen Entscheidungen nie möglich. Es kam ausserdem das Argument auf, dass so etwas noch nie gemacht wurde. Das stimmt, aber der Gemeinderat behält sich vor, auch in Zukunft neue Vorschläge zu bringen. Neben den 6 Mio. Franken stehen noch 50 Mio. Franken zur Verfügung, falls diese gebraucht werden. Es besteht Investitionsbedarf, im Aufgaben- und Finanzplan wurden die nötigen Investitionen aufgenommen. Der Gemeinderat will nicht um jeden Preis ein Parkhaus Schlossberg. Er will 6 Mio. Franken reservieren und es sollte nicht mehr werden. Die Parkhaus Thun AG plant sehr kostenbewusst und wenn die Kosten aus dem Ruder laufen sollten, wird das Projekt natürlich noch einmal überdenkt. Diesen Sommer läuft die Mitwirkung zur Überbauungsordnung, es entstehen Planungskosten und deshalb wäre es gut, eine gewisse Sicherheit schaffen zu können, indem man die Mittel reserviert.

Das Eintreten ist unbestritten.

b) Detailberatung

Teil A, Seiten 1 - 32

Keine Wortmeldungen.

Teil B, Seiten 33 - 78

Keine Wortmeldungen.

Teil C

Keine Wortmeldungen.

Direktion Präsidiales und Finanzen, Seiten 81 - 158

Keine Wortmeldungen.

Direktion Bau und Liegenschaften, Seiten 161 - 197

Keine Wortmeldungen.

Direktion Bildung und Entwicklung, Seiten 201 - 241

Andrea de Meuron, **SAKO StE**, ist der Meinung, dass die Abweichungen zum Voranschlag nachvollziehbar sind. Die Tatsache, dass der Aufwand geringer ausfällt als veranschlagt, ist positiv. Weniger erfreulich ist, dass im Bauinspektorat ein Konflikt zwischen den zu erfüllenden Aufgabe und den personellen Ressourcen vorliegt. Zum Teil können deswegen Verfahren nicht mehr zufriedenstellend abgewickelt werden und dauern länger. Es müssen Massnahmen getroffen werden, damit die Qualität und Sicherheit bei der Abwicklung von Baugesuchen nicht leidet. Die SAKO dankt allen Mitarbeitenden für die geleistete Arbeit. Sie beantragt dem Stadtrat einstimmig die Annahme der Produktgruppen 3.5 und 3.6 der Rechnung 2010.

Direktion Sicherheit, Seiten 245 - 274

Reto Vannini, **SAKO Si+So**, bedankt sich für die hervorragende Arbeit der Verwaltung. Es liegen gute Zahlen vor, das ist erfreulich. Es gibt auch Budgetüberschreitungen, diese sind aber erklärbar. Unerfreulich ist, dass unqualifizierte Arbeitslose zu wenig wieder in den Arbeitsprozess eingegliedert werden können. Das muss untersucht werden. Die Sicherheitskosten der Stadt im Bereich FC Thun müssen genauer angeschaut werden. Viele Sicherheitsleistungen wurden beim Kanton eingekauft und etwa ein Viertel davon betrifft den FC Thun. Dieser zahlt zwar einen Beitrag an die Kosten, das ist aber eher ein symbolischer Akt. Der SAKO ist bewusst, dass der FC Thun eine Vorbildwirkung hat. Sie will aber in Zukunft ein Auge auf diese Kosten darauf haben.

Der Rat genehmigt Ziffer 1 des Stadtratsbeschlusses mit 21 : 16 Stimmen.

Der Rat genehmigt Ziffer 2 des Stadtratsbeschlusses einstimmig.

Der Rat genehmigt Ziffer 3 des Stadtratsbeschlusses einstimmig.

Der Rat genehmigt Ziffer 4 des Stadtratsbeschlusses mit 25 : 12 Stimmen.

Der Rat genehmigt Ziffer 5 des Stadtratsbeschlusses einstimmig.

Der Rat genehmigt Ziffer 6 des Stadtratsbeschlusses mit 31 : 6 Stimmen.

Der Rat genehmigt damit folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 36 lit. a und 40 lit. i der Stadtverfassung, Artikel 16 des Finanzreglementes und Artikel 51 Geschäftsreglement des Stadtrates von Thun sowie nach Kenntnisnahme des Jahresberichtes inklusive Jahresrechnung 2010, beschliesst:

1. Bewilligung eines Nachkredites von Fr. 6'000'000.- als neue Ausgabe zu Lasten der Laufenden Rechnung 2010, Konto 1798.380.10 für eine Einlage in die Spezialfinanzierung Investitionen und Immobilienkäufe.
2. Bewilligung eines Nachkredites von Fr. 5'033'625.81 als neue Ausgabe zu Lasten der Laufenden Rechnung 2010, Konto 1730.332.00 für übrige Abschreibungen Verwaltungsvermögen.
3. Kenntnisnahme der bewilligten Nachkredite von Fr. 5'204'953.51 in der Kompetenz des Gemeinderates, davon Fr. 5'085'906.76 gebunden und Fr. 119'046.75 neu.
4. Die Jahresrechnung 2010, welche bei einem Aufwand und einem Ertrag von je Fr. 276'046'700.67 ausgeglichen abschliesst, wird genehmigt.
5. Die Jahresrechnung 2010 der Schiessanlage Guntelsey, welche bei einem Aufwand und einem Ertrag von total je Fr. 341'045.80 ausgeglichen abschliesst, wird genehmigt.
6. Der Jahresbericht 2010 wird genehmigt.

Sitzungsunterbruch: 30 Minuten

39. Reglement über die Spezialfinanzierung für Investitionen und Immobilienkäufe

Ergänzung mit einer Übergangsbestimmung zur Finanzierung des Parkhauses Schlossberg

Bericht des Gemeinderates Nr. 17/2011

Claude Schlapbach, **SAKO P+F**, informiert, dass die SAKO den Antrag des Gemeinderats mit 3 zu 2 Stimmen befürwortet.

Claude Schlapbach, **BDP-Fraktion**, ergänzt, dass die Realisierung des Parkhauses Schlossberg ein Grossprojekt ist. Es gilt, ein wichtiges Zeichen zu setzen. Die 6 Mio. Franken in der Spezialfinanzierung sind zeitlich befristet reserviert. Bevor das Geld verwendet werden kann, kommt das Geschäft sowieso wieder vor den Stadtrat. Zum Eigenkapital ist zu sagen, dass mit dem System HRM2 die Spezialfinanzierungen sowieso zum Eigenkapital gezählt werden. Für die Fraktion ist die Reglementsänderung schlüssig und sie stimmt dem Antrag des Gemeinderats zu. Ein positives Signal ist wichtig für das Gewerbe in Thun.

Carlos Reinhard, **FDP-Fraktion**, freut es, dass der Gemeinderat mit guten Absichten frühzeitig Signale senden will. Man hätte über die Reglementsänderung später abstimmen können und die Rückstellungen hätten auch sonst gemacht werden können. Die Baukosten sind noch nicht klar, die Form der Finanzierung und die Termine auch nicht. Es ist nicht richtig, für ein bestimmtes Projekt Gelder zu reservieren. Es gibt Faktoren, die das Projekt Parkhaus Schlossberg beenden können, auch wenn der Rat dafür ist. Deshalb wäre es besser, in den Übergangsbestimmungen und dem Beschluss die Bezeichnung Parkhaus City Ost anstatt Parkhaus Schlossberg zu verwenden. Die Fraktion stellt den Antrag, diese Bezeichnung zu ersetzen, damit die Gelder allenfalls auch für ein Parkhaus an einem anderen Ort gebraucht werden können. Die Fraktion unterstützt das Projekt und hofft dass es mit dem eingeschlagenen Tempo weitergeht.

Sandra Rupp, **SP-Fraktion** lehnt das Geschäft ab, da die Fraktion keine Bevorzugung eines einzigen Projekts und keine Blockierung von Geldern will.

Thomas Hiltbold **Fraktion Grüne**, lehnt das Reglement ab. Es ist gesetzgeberisch bedenklich, wenn man ein relativ frisches Reglement schon wieder abändern will aufgrund eines Projektes. In den Schlussbestimmungen wird der Zweck des Reglements noch erweitert. Ein Reglement sollte generell-abstrakt erlassen werden und nicht dann, wenn man es gerade braucht. Das Vorgehen ist aber rechtlich zulässig. Politisch muss man jedoch erklären können, wieso nicht verursachergerecht, zum Beispiel mittels Parkgebühren, ein Beitrag geäufnet wurde. 6 Mio. Franken Steuerertrag, der in den allgemeinen Haushalt fliessen würde, kommt jetzt in die Spezialfinanzierung. Die Gelder werden blockiert, das ist ein Novum. Der Spielraum der Stadt Thun wird dadurch beschnitten. Wenn man die anderen zwei Spezialfinanzierungen dafür nicht brauchen will, weil man damit den Langsamverkehr fördern will, ist das erfreulich. Warum ändert man dann nicht die Reglemente dieser Spezialfinanzierungen ab, damit daraus kein Geld mehr für das Parkhaus verwendet werden kann? Den Steuerzahlern, die nicht in der Innenstadt leben, muss die Verwendung der 6 Mio. Franken erklärt werden. Es gibt keinen sachlichen Grund, das Reglement abzuändern.

Stadtpräsident Raphael Lanz stimmt zu, dass man die 6 Mio. Franken durch die Entnahme aus der Spezialfinanzierung tätigen könnte. Als man dies aber so vorschlug, hat die Fraktion Grüne gesagt, dass das Geld dann für den Langsamverkehr fehlen würde. Der Gemeinderat wollte diesen Bedenken Rechnung tragen. Dass die anderen Reglemente geändert werden sollten, wird zur Kenntnis genommen. Es geht vorliegend nicht nur um ein Parkhaus, sondern um ein Stadtentwicklungsprojekt. Die Stadt erhofft sich volkswirtschaftliche Vorteile. Der Gemeinderat wird sich dem Antrag der FDP-Fraktion betr. Bezeichnung des Parkhauses nicht widersetzen.

Carlos Reinhard, **FDP-Fraktion**, geht es darum, dass, falls das Parkhaus Schlossberg verunmöglicht wird, allenfalls auch ein anderes Parkhaus City Ost realisiert werden könnte ohne Änderung des Reglements.

Der Rat nimmt den Antrag der FDP-Fraktion, den Begriff „Parkhaus Schlossberg“ durch „Parkhaus City Ost“ zu ersetzen, mit 24 : 13 Stimmen an.

Der Rat genehmigt mit 24 : 13 Stimmen folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 87 lit. b der Gemeindeverordnung vom 16. Dezember 1998 und Artikel 38 lit. a Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 27. April 2011, beschliesst:

1. Die Ergänzung des Reglements über die Spezialfinanzierung für Investitionen und Immobilienkäufe mit der Übergangsbestimmung Art. 3a betreffend Zuweisung von 6,0 Mio. Franken für die Beteiligung der Stadt Thun an der Finanzierung des Parkhauses City Ost wird genehmigt.
2. Die Revision tritt sofort in Kraft.
3. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum nach Artikel 27 Stadtverfassung.
4. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

40. Legislaturziele 2011 – 2014

Genehmigung

Bericht des Gemeinderates Nr. 16/2011

a) Eintretensdebatte

Simon Schweizer, **SVP-Fraktion**, folgt dem Antrag des Gemeinderats, die Argumentation ist zielführend.

Peter Aegerter, **BDP-Fraktion**, ist es wichtig, dass die Ziele im Einklang mit der Strategie Stadtentwicklung und dem Finanzplan stehen. Die Stadt Thun ist auf dem richtigen Weg. Es bestehen zwar viele weitere Bedürfnisse, auch im Bereich Sicherheit bezüglich Videoüberwachung oder den Sicherheitsdiensten im Fussball. Auch wenn solche Projekte unerwähnt sind, dürfen sie nicht vergessen werden. Die Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderats und genehmigt die Legislaturziele.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, findet die Reduktion auf neun Ziele begrüssenswert. Es wird erwartet, dass diese Ziele erreicht werden. Die Fraktion wartet heute noch auf die Erfüllung einiger Ziele des vergangenen Jahres. Sinnvoller als die Genehmigung der Ziele wäre es, sie einfach zur Kenntnis zu nehmen. Eine dahingehende Änderung des Art. 36 in der Stadtverfassung wäre angebracht. Die Fraktion enthält sich aus diesem Grund der Stimme und genehmigt die Legislaturziele nicht, nimmt sie aber zur Kenntnis.

Sandra Rupp Gyger, **SP-Fraktion**, findet es nachvollziehbar, dass es nur neun Ziele sind, da diese Ziele aus mehreren Teilprojekten bestehen und komplex sind. Sämtliche Ziele behandeln bauliche/planerische Themen. Der Schwerpunkt liegt im Bereich Verkehr/Umwelt/Energie. Die alternativen Vorschläge der Abteilungen sind von Interesse, es wäre gut, wenn in den SAKOs einmal über zukünftig anstehende Projekte informiert würde. Beim Legislaturziel Nr. 8 verzichtet die Fraktion auf den Änderungsantrag aufgrund der schriftlichen Rückmeldung des Gemeinderats. Sie bittet aber den Gemeinderat, den Stadtrat über die Resultate der Workshops zu informieren. Es ist ausserdem nicht gut, dass die Legislaturziele genehmigt werden müssen. Dies ist in der Stadtverfassung zu ändern. Der letzte Abschnitt des Gemeinderats wirkt etwas belehrend. Es kann nicht sein, dass der Stadtrat nach Genehmigung der Legislaturziele die nachfolgenden Anträge zur Ausführung genehmigen muss.

Jürg Dällenbach, **Fraktion der Mitte**, stellt fest, dass durch die relativ kleine Anzahl an Zielen und die nur grobe Definierung weniger genau gesagt werden kann, ob und wie diese erreicht werden. Die Fraktion steht klar hinter den Zielen. Sie wünscht sich, dass der Gemeinderat aufgrund dieses Leitfadens an die Arbeit geht und freut sich auf die ersten sichtbaren Resultate.

Jürg Dällenbach (EVP) ist der Meinung, dass der Stadtrat bei den Entscheiden über die einzelnen Sachgeschäften frei ist, auch wenn er die Legislaturziele genehmigt hat.

Peter Dütschler, **FDP-Fraktion**, genehmigt die Ziele gerne und hat das Vertrauen in den Gemeinderat, dass er die Ziele umsetzen wird.

Stadtpräsident Raphael Lanz weist darauf hin, dass in der Verfassung steht, dass die Legislaturziele genehmigt werden müssen. Das könnte durch eine Gemeindeabstimmung geändert werden. Das Ende sollte nicht belehrend wirken, aber die Verpflichtung besteht darin, sich für eine Stossrichtung zu entscheiden. Klar müssen die einzelnen Geschäfte für sich angeschaut werden. Vor vier Jahren hatte man die Strategie Stadtentwicklung noch nicht, dies ist vielleicht mit ein Grund, wieso die Legislaturziele damals ausführlicher ausfielen.

b) Detailberatung

Legislaturziel Nr. 7: Kunsteisbahn

Peter Dütschler, **FDP-Fraktion**, hat etwas Respekt davor, ein Eissportzentrum ohne Steuersubstrat zu bauen. Deshalb sollte zuerst eine Standortabklärung darüber gemacht werden, ob sich die Stadt das leisten kann. Der jetzige Standort könnte aber auch touristisch interessant sein. Die Fraktion übernimmt den schriftlichen Änderungsantrag des Gemeinderats.

Der Rat genehmigt mit 33 Stimmen bei 4 Enthaltungen folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 36 lit. a) Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 15. April 2011, beschliesst:

1. Die Legislaturziele 2011 - 2014 werden genehmigt.
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

41. Fragestunde

Fragestunde F 4/2011 betr. Fanwalk Thun Süd; Alfred Blaser (SP) vom 24. Mai 2011

Die Stadtratspräsidentin weist darauf hin, dass die Antwort zur Fragestunde F 4/2011 gestützt auf Art. 43 Abs. 4 des Geschäftsreglementes Stadtrat per Post zugestellt wird.

42. Interpellation betreffend kulturelle Vielfalt in Thun

Schori Franz (SP) und Mitunterzeichnende vom 31. Mai 2011; Dringlichkeit

Franz Schori (SP) verlangt die Dringlichkeit, da der Stadtrat ein Zeichen setzen sollte.

Der Gemeinderat ist mit der Dringlichkeit einverstanden.

Der Rat stimmt der Dringlichkeit mit 34 : 3 Stimmen zu.

Eingang

- Motion betreffend Strommesser für Stromfresser; FDP-Fraktion vom 31. Mai 2011
- Interpellation betreffend kulturelle Vielfalt in Thun; Franz Schori (SP) und Mitunterzeichnende vom 31. Mai 2011 (Dringlichkeit angenommen)
- Interpellation betreffend Gesundheitsförderung dank Duschmöglichkeiten am Arbeitsplatz; SP-Fraktion vom 31. Mai 2011

Die Stadtratspräsidentin

Der Stadtratssekretär

Verena Balmer

Remo Berlinger